

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (sonst der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Dringens) monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Nr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Expedition: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Nr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Verlagspreis von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die 6spaltige Zeitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 78.

Dresden, Montag den 7. April 1913.

24. Jahrg.

In den Büros des Fabrikarbeiterverbandes in Dresden wurde nach dem Manuskript eines Artikels gehandelt, in dem ein erzgebirgischer Fabrikant beleidigt sein soll.

Heute beginnen im Reichstag die Verhandlungen über die Wehrvorlagen.

Infolge Kerkers eines Bootes ertranken in der Saale fünf Kinder und ein Soldat.

Nach einer Weibung aus Bern gab es ein Komitee schweizerischer Parlamentarier eine interparlamentarische Konferenz gegen das Weitzüßeln einberufen.

In dem österreichischen Ort Oberndorf sind 82 Häuser niederbrannt.

Da Montenegro abgelehnt hat, der Forderung der Mächte nachzugeben, dürfte die montenegrinische Küste nunmehr blockiert werden.

Der abgeschlossene Zwischenfall.

Die Affäre des Zeppelin-Luftschiffes Z IV ist unseren Franzosenfreunden viel zu harmlos verlaufen. Wie schön wäre es doch gewesen, wenn die Bevölkerung von Lunzville oder wenn gar das französische Heer den Luftkrieger zerstört oder die deutschen Offiziere gräßlich beleidigt hätte! Dann hätte man, wenn nicht gar einen Kriegszustand, so doch neues wertvolles Material zur Stimmungsmache gehabt. Nun ist nach den bisherigen vorliegenden halbamtlichen Berichten nichts von alledem geschehen, die deutsche nationalsozialistische Presse muß sich in ihrer Not schon mit allerlei Zitatennachrichten begnügen, deren Glaubwürdigkeit ihr selbst zweifelhaft erscheint, und die sie ihren Zwecken nur dadurch nutzbar machen kann, daß sie darauf hinweist, wie stark die chauvinistische Abneigung gegen Deutschland in Frankreich sei, vorausgesetzt, daß der Böbel oder daß die Behörden sich dieses oder jenes Uebergriffes schuldig gemacht hätten.

Aber wenn alle Striche reihen, bleibt doch immer noch eins: die Franzosen haben die günstige Gelegenheit benutzt, sich über die Einzelheiten der Konstruktion des Luftkriegers genauer zu informieren. Ein authentischer Bericht darüber liegt zwar auch noch nicht vor, aber wir können ja ruhig einmal annehmen, daß französische Sachleute sich den gefangenen Vogel recht gründlich angesehen haben. Sie wären, offen gestanden, Karren gewesen, wenn sie es nicht getan hätten, und niemand wird uns weismachen wollen, daß man im umgekehrten Falle in Deutschland anders gehandelt hätte. Eine Militärbehörde, die einen so glücklichen Zufall nicht ausnutzte, um die militärischen Geheimnisse des Gegners kennen zu lernen, handelte unverantwortlich. Und wenn die Post und die tägliche Rundschau, in ihren heiligsten Gefühlen gekränkt, von französischer „Spionerei“ reden, so kann das nur lächerlich wirken, da diese „Spionerei“ jedenfalls harmloser und natürlicher ist als die, die von den Militärbehörden aller Länder gegeneinander durch Offiziere oder durch zweifelhafte kausale Subjekte gelebt wird.

Die tägliche Rundschau allerdings steht auf dem Standpunkt, daß aus jeder Wölfe Honig gesaugt werden muß.

Sollten sich, so schreibt sie, die Gerüchte über die Unterfuchung des Fahrzeugs bestätigen, so wäre die gegebene Folgerung die: sofort in noch größerem Maßstabe als nach der Heresdovlage geplant an den Bau von Storischiffen zu gehen, damit wir die letzte Zeit unserer Vorparung noch ausnutzen können.

Die Folgerung, die die tägliche Rundschau gegeben nennt, ist gefühlslos und gewaltsam, aber wenn man die Abhängigkeit der Regierung von den militärischen Eliten bedenkt, so darf man schon darauf gefaßt sein, daß das Kriegsministerium sich diese Gedankengänge zu eigen macht.

Zwischen ist, wie der Berliner Vorkanzler berichtet, dem französischen Minister des Auswärtigen, Pichon, vom deutschen Botschafter in Paris, Freiherrn v. Schoen, im Auftrage der deutschen Regierung folgendes Dankschreiben übermittelt worden:

Mein lieber Minister! Die kaiserliche Regierung, der ich die von der Regierung der Republik gelegentlich der unfreiwilligen Landung eines deutschen Ballons zu Lunzville getroffenen Maßnahmen umgeben zur Kenntnis brachte, hat mich beauftragt, der Regierung der Republik ihren warmen Dank für die Art der Erledigung dieses bedauerlichen Zwischenfalls auszudrücken, welcher die kaiserliche Regierung die höchste Wertschätzung zollt. Es gereicht mir zum Vergnügen, diesen Auftrag bei Eurer Ergebenheit zu erfüllen und ich bitte Sie, mein lieber Minister, bei diesem neuen Anlasse die Versicherung meiner größten Hochachtung zu genehmigen.

In der Uebersetzung des französisch abgefaßten Schreibens, wie sie die Berliner Morgenpost gibt, heißt es sogar:

Die kaiserliche deutsche Regierung, der ich auf schnellstem Wege von dem Liebesswürdligen Entgegenkommen Kenntnis gegeben habe, daß die französischen Behörden bei der unfreiwilligen Landung eines deutschen Ballons bei Lunzville an den Tag legten, beauftragt mich . . . usw.

Der Versuch, noch am Vorabend der Reichstagsdebatten über die Militärvorlage eine kleine deutsch-französische Hege zu inszenieren, darf danach ebenso als erledigt gelten wie die maßlos aufgebauchte Affäre selbst. Mit dem Zwischenfall beschäftigt sich zum Schluß nur noch eine kurze Anfrage des Abg. Bassefmann im Reichstage. Der Führer der Nationalliberalen fragt an, ob der Reichskanzler Auskunft geben könne über die Gründe, die das Luftschiff zwangen, über die französische Grenze zu fliegen, und über die Verhandlungen, die deshalb mit der französischen Regierung stattgefunden haben.

Den Chaubinkisten sind wieder einmal ein paar Zelle fortgeschwommen.

Die hilflose Flotten-Demonstration.

Am Sonnabend haben die Kommandanten der in den montenegrinischen Gewässern verammelten Kriegsschiffe eine Beratung abgehalten, auf Grund deren an die montenegrinische Regierung die telegraphische Aufforderung gerichtet wurde, den einstimmigen Beschluß der Großmächte zu respektieren und unverzüglich Antwort zu erteilen. Das Telegramm, das der englische Vizeadmiral Cecil Burney, der als ranghöchster Offizier Befehlshaber der internationalen Flotte ist, aus

Cattaro an den montenegrinischen Ministerpräsidenten gerichtet hat, lautet folgendermaßen:

Ich habe die Ehre, Sie davon zu benachrichtigen, daß die internationale Flotte vor Antivari in den montenegrinischen Gewässern vor Anker gegangen ist. Die Flotte ist erschienen, um gegen die Verletzung Montenegros, die Wünsche der Großmächte zu erfüllen, zu protestieren. Ich möchte die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf die Anwesenheit der internationalen Flotte lenken, welche nicht nur besetzt, daß die Großmächte einig sind, sondern auch, daß sie den Wunsch haben, daß ihre Entscheidungen unverzüglich angenommen werden. Ich bitte Sie, mir sofort mitzuteilen, daß Ihre Regierung bereit ist, die Wünsche der Großmächte zu erfüllen.

Der montenegrinische Ministerpräsident antwortete ablehnend:

Er bedauert tief, eine internationale Flotte in den Gewässern von Montenegro zu dem Zwecke verammelt zu sehen, eine Forderung auf Montenegro auszuüben, damit es dem Verlangen der Großmächte bezüglich der Belagerung von Stutari und der Einstellung der Feindseligkeiten seitens Montenegros im Territorium des unklüglichen Albanens nachkomme. Montenegro habe seinen Standpunkt bereits in der an die Vertreter der Mächte gerichteten Mitteilung vom 2. April zum Ausdruck gebracht. Infolgedessen wiederhole er diese dem Admiral gegenüber und füge hinzu, daß trotz der Forderung, die die Anwesenheit der Flotte in sich schließt, Montenegro von seiner Haltung, die den Erfordernissen des zwischen den Verbündeten und der Türkei bestehenden Kriegszustandes wie auch dem seitens der Großmächte beim Ausdruck der Feindseligkeiten proklamierten Neutralitätsprinzip entsprechen, nicht abgehen könne. Dieses Prinzip sei durch die Anwesenheit der internationalen Flotte in den Gewässern von Montenegro zum Nachteil von Montenegro verletzt.

Was nun? Die Blockade der montenegrinischen Küste? Der österreichische Vorkanzler auf Stutari? Niemand weiß, was die nächsten Tage bringen werden. Die Hilflosigkeit der Großmächte erhält wohl den besten Ausdruck durch das, was dem Morgen aus London gemeldet wird: „In hiesigen politischen Kreisen sieht man mit großer Besorgnis der Entscheidung entgegen, die die Mächte demnächst treffen müssen, falls die Marinemonstration gegen Montenegro erfolglos bleiben sollte und die Militierten weiter fortfahren, Stutari zu belagern. Der Abgeordnete Alben, Mitglied der Arbeitergruppe des Parlaments, wird am Montag Sir Edward Grey diesbezügliche Fragen vorlegen, besonders darüber, ob die Fruchtlosigkeit der Marinemonstration der österreichischen Regierung das Recht und die Handhabe gebe, auf dem Landwege gegen Montenegro vorzugehen.“

Die Nordd. Allgem. Zeitung schreibt an der Spitze ihrer Wochenrundschau:

Ohne Rücksicht auf die allseitigen Abmachungen der europäischen Diplomatie fährt Montenegro fort, die Eroberung Stutari zu betreiben. Angesichts der Nichtbeachtung diplomatischer Rücksichten wird nunmehr gegen die Küste Montenegros eine Blockade durch ein internationales Geschwader verhängt. Die Zustimmung aller Großmächte zu dieser Maßregel und ihre solidarische Durchführung beweist, daß Europa darin einig bleibt, dem Beschluß Achtung zu verschaffen, wonach Stutari albanisch wird. In Petersburg ist am Freitag den Vertretern der russischen Reichsduma von berufener Seite erklärt worden, Montenegro werde Stutari

Revolutionsgeist in Deutschland vor 100 Jahren.

II

Man ist gewohnt, die Zeit von 1807 bis 1810 rein als eine Zeit demokratischer Ideologien politischer Kritiker, politischer Prosaiker, Dichter und Studenten anzusehen. Das ist ein ganz unzureichendes Bild. Die Zeit war erfüllt von wirtschaftlichen Kämpfen und Wägen, auch von wirtschaftlichen Triumpfen des deutschen, namentlich des westlichen, rheinischen Bürgertums, das durch die napoleonische Kontinentalperre, durch den Anstoß der englischen industriellen Einfuhr zum europäischen Festland zur Produktion anhielt und in den Wirbel der feindlichen, französisch-belgischen kapitalistischen Produktion hineingezogen worden war. Die Zeit war aber auch erfüllt von den triumphierenden Wirmassen einer reaktionären Agrarpolitik. Und dies ist ja einigermassen bekannt; man weiß, wie die preussischen Junker seit 1810 die „Bauernbefreiung“ zu einer Klassenmaßnahme gemacht haben.

Diese agrarpolitische Reaktion wurde von den bürgerlichen Politikern als „revolutionärer Brennstoff“ betrachtet. Der oppositionelle Publizist Ludwig Wieland, ein Sohn des Dichters, schrieb dazu in seinem weimarischen Volksfreund:

„Die französische Revolution hat durch alle gutbürgerlichen Klagen . . . einen großen Strich gemacht, und durch diese Befreiung von einer so ungeheuren Last vielen wege getan, aber die ganze arbeitende Klasse neu belebt. Wäre man so klug und billig, diese Lasten, die bei uns, neben der Staatsabgaben, größtenteils ebenso unentzählich sind, um einen mäßigen Preis von jetzt an abzulassen, so wäre ein großer Teil des revolutionären Brennstoffs dadurch glücklich beseitigt. Diese billige Abweisung ist aber nur von einer Sozialrepräsentation zu erwarten, die an der Fortdauer dieser Lasten kein persönliches Interesse hat.“

Wieland forderte dann weiter Vorgehensweise, Aufstellung des großen Grundbesitzes und betont:

„Wo der Eigentümer nicht selbst den Aufbau treibt, da wird verhältnismäßig weit weniger produziert.“

Weiter wendet sich Wieland — und dies berührt bereits deutlich die Fortschrittinteressen des jungkapitalistischen Bürgertums — gegen den fiskalischen Restbestand. Für eine nationale Politik könne eine feudal gestimmte Reaktion

allerdings keinen Sinn haben. Und noch klarer kommen die Interessen des jungkapitalistischen Bürgertums zum Vorschein, wenn sich Wieland als der revolutionäre Wortführer des Bürgertums gegen den „in pertinent britischen Uebermut“ wendet. Nach dem Sturz Napoleons und dem Zusammenbruch der Kontinentalperre begann England, das Festland mit einer Unmenge von Industrierobotern zu überschwemmen. Die durch die Kontinentalperre emporgelommene jungdeutsche Bourgeoisie konnte da nicht mithalten und rief den Bundesrat — freilich vergebens — um eine Abwehrpolitik für das ganze deutsche Bundesgebiet an. Die Engländer — meint Wieland — würden Deutschland gern auf den Ackerbau verweisen und erklären sich selber „für die geborenen Fabrikanten und Kaufleute der Welt“. Dagegen müsse etwas getan werden. Es schäufte einer gemeinsamen Politik aller Staaten des deutschen Bundes. Was war nun das? Wielands Worte, die Worte eines sehr intelligenten Sprechers des oppositionellen deutschen Bürgertums, sind nichts anderes als der Schrei nach einer neuen Kontinentalperre — als ein Heimweh nach dem Bürgerkaiserthum jenes Napoleons, von dem man 1813, 1814, 1815 schließlich doch weniger sich selber als die Kronen und die Junker befreit hätte!

Unbillig wendet sich Wieland sehr energisch gegen die indirekten Steuern, in denen er eine ganz besondere Revolutionsgefahr erblickt. Er schreibt:

„Aus Furcht, die Vermögenden möchten sich durch Entlassung der Zugestueren entziehen, hat man die Schwere der indirekten Steuern auf die ersten Bedürfnisse der arbeitenden Klasse gelegt, in der allerdings richtigen Voraussetzung, Hunger und Durst würden keine großen Unbehagen zulassen. Welche Ansicht Welche Bestimmung! Die Bedürfnislosen treffen den Wohlhabenden, ohne daß es sehr spürt. . . . Indes indirekte und direkte Steuern ohne Gebahren den Keinen Grundbesitzern kaum den geringsten Unterhalt übrig lassen. . . . Wer diese Schilberung übertrieben findet, der gehe nach Hannover, Gießen, Württemberg, Sachsen, Thüringen. . . .“

So sah Wieland das Revolutionsproblem der Zeit nicht nur vom bürgerlichen, sondern auch schon vom proletarischen und kleinbäuerlichen Standpunkt an. Und er hatte Recht, das zu tun. Ein Zeitgenosse berichtet uns zum Beispiel von einer Bauernrevolte, die 1810 im Oberrhein ausbrach — einer Bauernrevolte der Zeit — und folgende Weltalt hatte:

„Die Bauern hielten alle Wägen zu Wien und München ab.“

regelmäßige Zusammenkünfte, wo in Gegenwart von Darmstädter Vereinsmitgliedern (Mitgliedern eines revolutionären Klubs in Darmstadt) das Frage- und Antwortbüchlein (eine von einem revolutionären hessischen Leutnant verfaßte Agitationschrift gegen Militarismus und für Volksparlamente), dann Zeitungen gelesen wurden. Man beschloß, nur mehr ein Drittel der Steuern zu bezahlen und folches der durch die Blockade verarmten Gemeinden zu verzeihen. Die Weigerung ging bald in offenen Widerstand über und . . . es kam zum Ausbruch von Kämpfereien.“

So hatte es am Vorabend der großen Revolution auch in Frankreich ausgesehen.

In Dresden kam es 1817 zu Unruhen. Auf den Ausbruch der revolutionären Stimmung in den Attentaten von Sand und Köhning braucht kaum eigens hingewiesen zu werden. Dafür mag hier zum Schluß noch eine Stelle aus dem Bericht zitiert sein, den der kluge bremische Bundestagsgesandte, der Senator Swidt, über die Lage Deutschlands nach den Freiheitskriegen für den bremischen Senat ausgearbeitet hat. Da heißt es:

„Die Frage, wie sind die Bewohner der deutschen Staaten so zu beruhigen, daß sie ohne Reid auf das kapitalistische kräftige und wirtschaftlich einig Frankreich blicken, daß sie des Befehlenden sich erfreuen, . . . beantwortet sich ganz einfach dahin: man suche sie . . . in eines anclagen (ähnlichen) Zustand zu versetzen. . . . Die Freiheit oder vielmehr die Gemeinschaftlichkeit des Handels und Verkehrs in Deutschland scheint sich hier als eines der nächsten und am heilsamsten erprobten Bedürfnisse vorzudrängen. . . . Jeder Krieg, den der deutsche Bund . . . führen soll, muß populär sein, er muß den Charakter eines Nationalkrieges (Volkkrieges) tragen. . . . Jeder Krieg, der ohne diese Stimmung begonnen würde, dürfte nur zu leicht unglücklich enden, wo nicht gar eine revolutionäre Tendenz annehmen. . . . Man will in Deutschland gemeinschaftliche Gegenstände der Liebe, der Achtung und der Hoffnung haben, und nur wenn man diese zu vermitteln glaubt, wird es möglich, daß man sich verstanden lasse, Gegenstände gemeinschaftlichen Gutes zu erleben. . . . Die deutschen Staaten, die dem Reich ständische Verfassungen (Vollvertretungen) besitzen, scheinen mir vor Revolutionen geschützt zu sein, und so lange den übrigen — das geht besonders auf Preußen und die Verfassungsbedingungen Friedrich Wilhelm III. — zuhelfen, daß man

Reaktionäre Kreise mit tollerender Gfite, aber der Gelehrte tief langen Sägen nur er bei den stänfährten. Zur Genüchre follen fange durch die Gfite und bei den stänfährten.

Oh, was ich hungertig bin.“ Inhabite Stabquartier hinter das Kofolmanent die wöchigen Kräfte zu vergrößern; hier hat das Gfite den Schlichter zu geben berfickt, aber untere gleichförmigen ge-

Reaktionäre Kreise mit tollerender Gfite, aber der Gelehrte tief langen Sägen nur er bei den stänfährten. Zur Genüchre follen fange durch die Gfite und bei den stänfährten.